

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 169. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens...

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petritaner 109

Anzeigenpreise: Die sieben-spaltige Millimeterzeile 15 Groschen...

Jetzt fährt Dollfuß zu Mussolini.

Mussolini als Schirmherr Österreichs.

Wien, 22. Juni. Aus diplomatischen Kreisen verlautet, daß Bundeskanzler Dr. Dollfuß sich Ende Juli zu einem Besuch bei Mussolini nach Neccione begeben werde.

In dem Bericht des österreichischen Gesandten in Rom Dr. Rintelen, der von den amtlichen Stellen streng geheimgehalten wird, wird, wie verlautet, darauf hingewiesen, daß in der Zusammenkunft von Venedig die Notwendigkeit einer Übereinstimmung zwischen Italien und Deutschland in der österreichischen Frage festgestellt worden ist.

Reichsdeutsche Geldprämien für jedes Nazi-Attentat.

Wien, 22. Juni. Am 2. Juni, also wenige Tage vor dem Einsetzen der neuen nationalsozialistischen Terrorwelle, wurde von der Bundespolizeidirektion Linz der reichsdeutsche arbeitslose Tischlergeselle Wilhelm Wahi, zuständig nach Kempten, festgenommen, bei dem in einem verschlossenen Briefumschlag ein Geldbetrag von 3120 Schilling samt 15 vorbereiteten Empfangsbestätigungen vorgefunden wurden.

General wird Wojewode.

In Stelle des zum Fürsorgeminister ernannten gewesenen Wojewoden von Kielce wird in den nächsten Tagen der General Dombrowski aus Tschernochow ernannt werden.

Die Getreidepolitik der Regierung.

Gestern fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Poglowski eine Sitzung des Wirtschaftskomitees statt, die hauptsächlich der Getreidepolitik für das Jahr 1934/35 gewidmet war.

Der Saatenstand in Polen ist nach den in Warschau eingelaufenen Berichten, die aus dem Anfang dieses Monats stammen, im allgemeinen nicht sehr befriedigend.

Der polnisch-russische Warenverkehr 1933.

Nach Mitteilungen der Polnisch-Sowjetrussischen Handelskammer in Warschau hat Polen im Jahre 1933 Waren im Gesamtwerte von rund 60 Mill. Zl. nach Sowjetrußland ausgeführt, während der Wert der russischen Einfuhr nach Polen rund 17,5 Mill. Zl. betrug.

mit dem Auftrage zur Verteilung laut den beigelegten Empfangsbestätigungen erhalten zu haben.

Macdonald auf Urlaub. Die Budgetvorlage angenommen.

London, 22. Juni. Das englische Unterhaus hat in dritter Lesung die Budgetvorlage angenommen. Der oppositionelle Abgeordnete Morgan Jones hatte einen Antrag auf Ablehnung der Budgetvorlage gestellt.

Zu dieser Meldung erklärt der parlamentarische Berichterstatter des Reuter-Büros, daß wenn auch der Urlaub gesundheitlich begründet ist, so können doch Beschränkungen für seine Zukunft als Premierminister ausfallen.

Zu dem bevorstehenden Besuch Barthous in London.

Paris, 22. Juni. Die aus London eintreffende Nachricht, daß Ministerpräsident Macdonald auf ärztliches Anraten einen dreimonatigen Erholungsurlaub antreten wird, wird in gewissen Pariser Kreisen mit Genugtuung aufgenommen.

und Hüttenzeugnisse im Werte von 52,5 Mill. Zl., es folgen im weiten Abstände Maschinen und Apparate (2,3 Mill. Zl.), Zuckerrübensamen (1,5 Mill.), Textilien (1,2 Mill.).

Reichsbank schränkt Devisenzuteilung ein.

Berlin, 22. Juni. Die angespannte Devisenlage der Reichsbank macht es notwendig, die täglichen Devisenabgaben bis auf weiteres so einzuschränken, daß sie nicht höher sind als die Eingänge an demselben Tag.

Die schweizerischen Verhandlungen wegen der Transfermaßnahmen.

Bern, 22. Juni. Im schweizerischen Bundesrat berichtete der vor einigen Tagen zur Einholung neuer Instruktionen aus Berlin zurückgekehrte Minister Studt eingehend über die in Berlin geführten Verhandlungen über die Transferfrage und die Wirtschaftsangelegenheiten.

Faschismus hat in England keine Aussichten.

Was ein deutscher Korrespondent feststellte.

Ueber die faschistische Mosley-Bewegung in England kommt der Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblatts“ zu folgender Beurteilung: „Die Schwarzhemden werden sich keine Illusionen darüber machen, daß das Echo des Olympia-Abends ungünstig war.“

Sir Oswald Mosley hat — so fährt der deutsche Korrespondent fort — allen Anlaß, vorsichtig zu manövrieren. Daß die Linke wie ein Mann gegen Mosley steht, ist von vornherein gegeben.

„In wissenschaftlichen Entdeckungen können die Völker von einander lernen, aber ich wage zu behaupten, daß kein Land der Erde England unterrichtet in politischer Wissenschaft erteilen kann.“

England ohne Freiheit aber ist kein Land mehr, in dem ein Engländer leben kann. Geordnete Freiheit wird niemals aus der Welt verschwinden, so lange die Engländer Hüter ihrer Freiheit bleiben.“

„Es bedarf einer besonderen Konstellation, um Mosley zum bestimmenden Faktor Englands zu machen. Bleibt diese Konstellation aus, so sind seine Aussichten nicht übermäßig günstig, besonders wenn die Aufwärtsbewegung der englischen Wirtschaft anhält und wenn es Macdonald gelingt, das Prestige seines Kabinetts durch Zuführung neuen Blutes wieder aufzurichten.“

Diese so gut wie aussichtslose Prognose stellte den englischen „Schwarzhemden“ also selbst eine gleichgeschaltete deutsche Zeitung.

Kein Moratorium der Sowjetunion.

Die russische Telegraphenagentur dementiert entschieden die Nachrichten der englischen Presse, daß die Sowjetregierung die Absicht habe, ein Moratorium für ihre ausländischen Schulden zu erlassen.

Die Sozialisierung ist unerlässlich.

Kopenhagen, 22. Juni. Daß auch in bürgerlichen Kreisen die Notwendigkeit der Sozialisierung immer weiter Fuß faßt, beweist eine Unterredung, die der Direktor der Technischen Hochschule in Kopenhagen, Prof. P. O. Peterjen, mit einem Redaktionsmitglied der sehr weit rechts eingestellten Kopenhagener Tageszeitung „Berlingske Tidende“ hatte. Er ging davon aus, daß sich vielleicht die Technik in Zukunft neue Begriffe schaffen wird, genau so wie sie jetzt das Radio geschaffen hat. Aber ich glaube, so fuhr Peterjen fort, daß die Werte in großen Umrangene Gesellschaftseigentum werden müssen, und er gab auf eine entsprechende Frage des Redaktionsmitgliedes ohne weiteres zu, daß er darunter die Sozialisierung versteht. Er vertrat die Ansicht, daß die Entwicklung der Technik Chancen hat, sich im selben Tempo wie in den letzten 50 Jahren fortzusetzen. Die Gefahr wäre nur, daß dadurch Mittel zur Zerstörung geschaffen werden. Vor 100 Jahren befürchtete man, daß man nicht genug Lebensmittel für die wachsende Bevölkerung beschaffen könnte. Jetzt ist man lange dafür, daß man zuviel schafft.

Abrüstungskonferenz nicht ermutigend.

Aber Henderson will's doch noch versuchen.

London, 22. Juni. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, erklärte am Donnerstag in einer Rede in Cheltenham u. a., die Aussichten der Abrüstungskonferenz seien nicht sehr ermutigend. Aber die Konferenz sei nicht tot, und sie sei nicht endgültig zusammengebrochen. Die an sich vorhandenen großen Schwierigkeiten würden noch vergrößert durch Deutschlands Abwesenheit. Aber solange noch irgend eine Aussicht auf eine die Welt umfassende Vereinbarung bestehe, werde er seine Bemühungen nicht aufgeben.

England will neue Schlachtflotte bauen.

London, 22. Juni. Der Presse zufolge dürfte der britische Marineminister am Donnerstag dem amerikanischen Marinefachverständigen eine Denkschrift über die technischen Bedürfnisse der britischen Kriegsmarine überreicht haben. Danach sei der Bau einer neuen Schlachtflotte sofort nach Ungültigwerden der Einschränkungen des Washingtoner Vertrages erforderlich. Der Bau von 30 neuen Kreuzern sei notwendig.

Das Gleiche tut Frankreich.

Paris, 22. Juni. Der Finanzanschuß der Kammer hat den Gesetzentwurf über die Ausführung der im Flottenbauprogramm von 1933 aufgeführten Kriegsschiffbauten angenommen. Dieses Bauprogramm sieht ein neues Linienschiff vom Typ „Dunkirk“ und andere Einheiten vor.

Volkstommiffar für Landesverteidigung.

Moskau, 22. Juni. Ueber Beschluß des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion wurde der Revolutionäre Kriegsrat und das Kollegium des Kriegs- und Marine-Volkstommiffariats aufgehoben und das letztere in „Volkstommiffariat für Landesverteidigung“ umbenannt.

Meuterei in einem mandschurischen Regiment.

Mukden, 22. Juni. Ein mandschurisches Regiment hat gemeutert. In der Nähe liegende japanische Truppen schlugen die Meuterer nieder. Eine Reihe von mandschurischen Soldaten wurden verhaftet.

Wegen Spionage verurteilt.

Rom, 22. Juni. Drei Angeklagte, der frühere sozialistische Abgeordnete Bianchi, der Fliegerfeldwebel Del Monte und Kapitän Tojello Ambrogi wurden der Spionage zugunsten Sowjetrußlands für schuldig befunden. Bianchi wurde zu 17 Jahren, Del Monte zu 16 Jahren und Ambrogi zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Gattin Bianchis und ihre beiden Töchter wurden mangels von Beweisen freigesprochen.

König Karol nach Paris eingeladen.

Paris, 22. Juni. Die Blätter melden aus Bukarest, daß Minister Barthou den rumänischen König Karol offiziell nach Paris eingeladen habe. König Karol habe die Einladung angenommen. Der Besuch soll in Kürze stattfinden.

Waldemaros-Urteil rechtskräftig.

Keine Berufung Waldemaros.

Rom, 22. Juni. Das Urteil gegen den früheren italienischen Ministerpräsidenten Waldemaros, das am 12. Jahre schweren Arterien lautet, ist am Freitag rechtskräftig geworden, da Waldemaros von seinem Recht, Berufung

Unternehmer-Diktatur in Genf?

Ablehnung des Arbeitszeit-Abkommens? — Belgische Regierung stützt die Reaktion

Genf, 22. Juni. Die internationale Arbeitskonferenz in Genf nahm mit 120 gegen eine Stimme (Vertreter der englischen Arbeiter) den Schlußtext des Entwurfes des internationalen Abkommens über das Verbot der Nachtarbeit von Frauen an.

Sodann wurde die Aussprache über die Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung, die von der Sonderkommission für 40 stündige Arbeitszeit ausgearbeitet wurden, eröffnet. Die Kommission hatte folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Den Entwurf eines Abkommens über die 40stündige Arbeitszeit in der Industrie.
2. Einen Entwurf eines Abkommens über die 40stündige Arbeitswoche in den Geschäften und Kantern.
3. Den Entwurf einer Empfehlung betreffend die Aufrechterhaltung des bestehenden Lebensniveaus im Falle der Arbeitszeitverkürzung und
4. einen Resolutionsentwurf betreffend nachhaltige Prüfung der Technologie der Arbeitslosigkeit.

Die Konferenz lehnte zunächst eine Reihe von Zusätzen ab, durch die der belgische Delegierte den Text des Entwurfes der Sonderkommission abändern wollte.

In den letzten Tagen hat auf der Konferenz eine recht pessimistische Stimmung eingesezt. Die Tatsache, daß an den Arbeiten in der Kommission für die Kürzung der Arbeitszeit die Vertreter der Unternehmer (mit Ausnahme des Vertreters Italiens) nicht teilgenommen haben, hat die Belegung sämtlicher Entscheidungen in das Plenum der Konferenz notwendig gemacht, und da Entscheidungen der Kommission im Plenum nur durch Eingreifen der Unternehmergruppen abgeändert werden können, hat namens dieser Gruppe der dänische Delegierte Versted erklärt, daß die Vertreter der Unternehmer gegen alle Anträge der Sonderkommission stimmen werden. Außerdem rief heute auch der belgische Regierungsdelegierte Ueberrassung hervor, als er erklärte, daß die belgische Regierung ebenfalls gegen den Entwurf des Arbeitszeitabkommens in seiner heutigen Fassung stimmen werde.

Uebermältigende Mehrheit ist — zu klein!

Als der Vorsitzende über die einzelnen Paragraphen des ersten Artikels der Konvention betreffend die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden pro Woche in der Industrie abstimmen ließ, wurden drei Paragraphen angenommen und einer abgelehnt. Man schritt daher zur Abstimmung über den ganzen ersten Artikel mit Ausnahme des nicht angenommenen dritten Paragraphen durch Handaufhebung. Bei dieser Abstimmung sprachen sich 43 Delegierte für den ersten Artikel der Konvention, 16 gegen ihn aus. Da die erforderliche Stimmenzahl, nämlich 70, nicht erreicht worden war, wurde eine namentliche Abstimmung vorgenommen, bei welcher sich 44 Delegierte für den ersten Artikel der Konvention und nur 8 gegen ihn aussprachen. Auch diesmal wurde die erforderliche Mehrheit nicht erreicht und der Artikel erscheint damit abgelehnt.

Von der tschechoslowakischen Delegation stimmte nur der Abgeordnete Brodecky namens der Arbeitergruppe für die Konvention. Die Regierungsdelegation enthielt sich der Abstimmung. Den Grund für die Enthaltung legte später Dr. Kotek vom Ministerium für soziale Fürsorge dar, welcher ausführte, daß die tschechoslowakische Regierung bereit war, den Vorschlag des Internationalen Arbeitsamtes im ursprünglichen Wortlaut anzunehmen, doch sei der neue Vorschlag dadurch abgeändert worden, daß der Paragraph aufgehoben wurde, welcher bestimmte, daß alle kleinen Unternehmer, welche nur bis sechs Arbeiter oder die Familienmitglieder des Unternehmers beschäftigen, von der Konvention ausgeschlossen sind. Deshalb habe die tschechoslowakische Regierungsdelegation für die derart abgeänderte Konvention nicht stimmen können. Nichtsdestoweniger sei die tschechoslowakische Regierung bereit, zur Annahme einer elastischeren Konvention beizutragen.

Das Abstimmungsergebnis hat große Erregung hervorgerufen. Es wurde eine Art neuer Generaldebatte eröffnet, in welcher die einzelnen Delegierten ihren Standpunkt rechtfertigten. Der belgische Delegierte Merians schlug vor, die Weiterberatung über die Arbeitszeitverkürzungskonvention zu vertagen und damit Gelegenheit zu geben, die Situation zu klären. Die Mehrzahl der Delegierten bei der Arbeitszeitkonferenz sprachen abends ihre Ueberrassung darüber aus, daß der Entwurf an der Frage des Quorums, also der ungenügenden Zahl der Stimmen gescheitert und bereits in der ersten Lesung abgelehnt worden sei, obwohl sich die große Mehrheit der Abstimmenden für die Konvention ausgesprochen hatte. Die ganze Konvention wird als sehr gefährdet angesehen.

Beitritt der Vereinigten Staaten zum Arbeitsamt.

Genf, 22. Juni. Die internationale Arbeitskonferenz beschloß Freitag nachmittag an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine offizielle Einladung zu richten mit der Bitte, ihren Platz in der internationalen Arbeitsorganisation einzunehmen. Dabei wird betont, es besteshe Einverständnis darüber, daß die Annahme der Einladung nur die Rechte und Pflichten umfasse, die in der Verfassung der Arbeitsorganisation vorgesehen seien. Außerdem schloße die Einladung keine Verpflichtung aus dem Völkerbundsvertrag in sich. Man hofft, daß die Antwort der Vereinigten Staaten schon am Sonnabend eintrifft und daß es dann möglich sei, bei den Wahlen zum Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsamtes am Sonnabend den Vereinigten Staaten schon einen Sitz zuzuteilen. Daß der Beitritt Amerikas als gesichert anzusehen ist, geht daraus hervor, daß die amerikanischen Vertreter feierlich in den Saal geführt wurden und unter großem Beifall den Platz einnahmen.

Ganze Provinzen in Indien überschwemmt

Riesiger Sachschaden und Menschenopfer.

Kalkutta, 22. Juni. Die Provinz Behar, insbesondere die Erdbebenzone von Bagalpur und Sitamari, ist durch Uberschwemmungen größten Ausmaßes schwer heimgesucht worden. Weite Landstriche sind völlig von der Umwelt abgeschnitten. Man befürchtet den Verlust zahlreicher Menschenleben und riesigen Sachschaden. Die Behörden, die vorsichtshalber 500 Flußboote bereit hielten, haben dringend weitere Boote angefordert.

Der Nordosten der Provinz Assam ist durch die Fluten völlig abgeschnitten. In den übrigen Gebieten von Assam wurden weite Strecken übersflutet, die Bahngleise und Telegraphenstangen wurden weggeschwemmt. Schwere Uberschwemmungsschäden werden auch aus einzelnen Gegenden der Provinz Bengalen gemeldet, in der der Bramaputra und andere Flüsse über ihre Ufer getreten sind.

Erdbeben in der Türkei.

Aus Istanbul wird gemeldet: Ein Erdbeben, begleitet von einem Schneesturm und einem darauf folgenden Regenguß, vernichtete das halbe Dorf Huggla.

Deutsches Ausflugsschiff berunglückt.

Auf einen Felsen aufgelaufen. — 2 Tote.

Kopenhagen, 22. Juni. Das Urlauberschiff „Dresden“ der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ ist an der norwegischen Küste auf einen Felsen aufgelaufen und wurde leck. Die Besatzung von 360 Mann und 180 Passagiere mußte in die Boote gehen. Nach Meinung der Sachverständigen ist das Schiff nicht mehr zuretten. Es ragt nur noch mit einigen Aufbauten aus dem Wasser heraus. Die norwegischen Dampfer „Kronprinzessin

Martha“ und „Kong Harald“, die auf die Hilferufe des Kapitäns herbeieilten, haben etwa 700 Passagiere nach Stavanger gebracht. 40 Personen, die durch die Aufregung Nervenschock erlitten hatten, hauptsächlich Frauen, mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Die Zahl der Opfer der Katastrophe steht noch nicht fest. Es wurden von den beiden Schiffen bisher vier Leichen, davon drei Frauenleichen, nach Stavanger gebracht. Wie die Passagiere berichten, hat sich zunächst auf der „Dresden“ nach dem Eintritt der Katastrophe alles in voller Ruhe abgespielt, erst als zwei Rettungsboote nach dem Herablassen kenterten, entstand unter den Passagieren eine furchtbare Panik. Aus einem der kenterten Boote wurden 10 Frauen in die See geschleudert. Etwa 100 Personen sprangen, als sie dies sahen, über Bord und schwammen auf die Rettungsboote des „Kong Harald“ zu, die fast alle auffischen konnten. Es wird angenommen, daß bei der Schiffskatastrophe insgesamt 2 Personen ums Leben gekommen sind.

Das Lo, 22. Juni. Nach einer Mitteilung des deutschen Konsulates in Stavanger konnte die eine der beiden Frauen als Frau Emma Ergheimer aus Otterberg in der Rheinpfalz festgestellt werden. Die andere Berunglückte ist ein junges Mädchen, dessen Name bisher nicht ermittelt werden konnte. Die Zahl der im Krankenhaus befindlichen Verletzten der „Dresden“ beträgt 15.

Explosion in den Ford-Werken.

5 Arbeiter getötet und 20 verletzt.

In den Ford'schen Automobilwerken in Detroit explodierte ein großer Gasbehälter. Durch die Explosion sind 5 Arbeiter getötet und 20 schwer verletzt worden.







